

N i e d e r s c h r i f t

JHA / 032 / 2009

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 25.06.2009**

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Ratsmitglied
-----------------------	-----	--------------

Mitglieder:

Herr Achim Bietmann	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Josef Feismann		Ausschussmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ausschussmitglied
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied
Frau Ingrid Klammann		Ausschussmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Jürgen Rick		Ausschussmitglied
Herr Nelson Rodrigues	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ausschussmitglied
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Georg Friemel-Brüggemann	Ausschussmitglied
-------------------------------	-------------------

Vertreter:

Frau Ute Ehrenberg		Beigeordnete
Herr Florian Elixmann	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Thomas Rühling	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Helmut Tiekötter		Ausschussmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Harald Klammann	Ausschussmitglied
----------------------	-------------------

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Lydia Maul	Ausschussmitglied
-----------------	-------------------

beratende Mitglieder:

Herr Bernhard Mersch	Ausschussmitglied
Herr Ludger Schöpfer	Ausschussmitglied
Herr Gerhard Veltmann	Ausschussmitglied

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann
Herr Hubert Lammerding
Herr Wolfgang Neumann
Herr Ewald Piepel

Herr Dörnhoff eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 31 über die öffentliche Sitzung am 30. April 2009

0:00:29 Keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 30. April 2009 gefassten Beschlüsse

0:00:40 Die Beschlüsse sind ausgeführt worden. Eine gesonderte Berichterstattung erfolgt nicht.

3. Informationen

0:00:44 1. Jahresbericht der EFL-Beratungsstellen im Kreis Steinfurt

Die EFL-Beratungsstelle Rheine hat der Verwaltung einige Exemplare ihres Jahresberichtes 2008 zur Verfügung gestellt. Interessierte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses können ein Exemplar beim Schriftführer bekommen.

2. Übersicht über die erteilten Bescheide über die Bundes- und Landesmittel für die Schaffung von U3-Plätzen

Bislang liegen der Verwaltung 6 Bescheide über Bundes- und Landesmittel vor. Im Einzelnen betreffen diese Bescheide folgende Maßnahmen:

2 Bescheide über die Pauschalförderung im Bereich der Kindertagespflege über insgesamt 12.257,00 €

Die Mittel im Bereich der Kindertagespflege wurden bis auf 1.000,00 € an die Tagesmütter weiterbewilligt und ausgezahlt. Eine Tagesmutter hat ihren Antrag zurückgezogen, weil sie eine Berufstätigkeit aufgenommen hat.

1 Bescheid für Einrichtungskosten im Dreikönigskindergarten über 6.300,00 €

1 Bescheid über Bau- und Einrichtungskosten für den AWO-Kindergarten über 133.591,00 €

1 Bescheid über Bau- und Einrichtungskosten für den St. Michael-Kindergarten über 216.000,00 €

1 Bescheid über Einrichtungskosten für den Kinderland-Kindergarten 9.450,00 €

Im Bereich der Kindertageseinrichtungen wurden alle bewilligten Mittel zuzüglich des 5%igen städt. Anteils sofort an die Träger der Einrichtung weiterbewilligt. Bislang erfolgte die Bewilligung der Bundes- und Landesmittel antragsgemäß.

10 Anträge liegen dem Landschaftsverband zur Bewilligung vor. Weitere 3 Anträge liegen im Jugendamt. 2 stammen aus der letzten Woche. 1 Antrag für den Kath. Kindergarten in Hauenhorst liegt vor. Der Träger beabsichtigt, die Einrichtung um 1 Gruppe reduzieren. Ob dies mit der Kindergartenbedarfsplanung im Einklang steht, wird im Rahmen der Auswertung der Trägergespräche noch geprüft.

3. Trägergespräche zur Ausbauplanung für die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren

Die Trägergespräche haben Ende Mai und Anfang Juni 2009 stattgefunden. Die Ergebnisse werden zusammengetragen und in der Sitzung des JHA am 3. Sept. 2009 vorgestellt.

4. Informationen aus dem Familienbeirat

0:03:55 Keine Informationen

5. Spielleitplanung - Präsentation der ersten Ergebnisse Vorlage: 276 / 09

0:04:03 Frau Dagmar Brüggemann, die für das Projekt aufseiten des Planungsbüros „Stadt-Kinder“ verantwortlich ist, gibt auf der Basis der bisher vorliegenden Informationen einen Überblick über den Ablauf des Projektes. Erste wichtige Ergebnisse werden vorgestellt. Die gezeigten Folien sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen des Planungsbüros „Stadt-Kinder“ zur Kenntnis.

**6. Satzung zur Erhebung von Elterbeiträgen für Kinder in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege
- Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 243 / 09**

0:42:20 Frau Ehrenberg erläutert die Vorlage. Sie weist daraufhin, dass die Vorlage einen Verfahrensvorschlag enthalte auf dem Hintergrund, dass eine Vielzahl von aufwändigen Abstimmungsprozessen erforderlich seien, da man auch bereits in der Vergangenheit darum bemüht gewesen sei, kreiseinheitliche Lösungen zu erreichen. Auch sei es kein geringer Aufwand, die Elternbeiträge OGS und Kindertagesstätten in eine vernünftige gemeinsame Satzung zu fassen. Sie kündigt an, sowohl dem Jugendhilfeausschuss als auch dem Schulausschuss nach der Sommerpause Alternativen in der Berechnung vorzulegen und rechtzeitig zu den Haushaltsplanberatungen 2010/2011 einen entscheidungsreifen Beschlussvorschlag zu erarbeiten.

Herr Hemelt erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese mit dem Verfahrensvorschlag nicht einverstanden sei. Die SPD-Fraktion sei enttäuscht über die Abarbeitung des Antrages, der mittlerweile vor bereits fünf Monaten gestellt worden sei.

Die SPD-Fraktion werde dem Vorschlag nicht zustimmen, da sie vor allem auch eine Erhöhung der Kindergartenelternbeiträge zum 1.8.2009 enthalte. Die SPD-Fraktion habe in ihrem Antrag deutlich formuliert, die in der Satzung aufgeführte automatische Erhöhung der Elternbeiträge um 1,5% zurückzunehmen. Die SPD-Fraktion stehe für eine schrittweise Ermäßigung der Elternbeiträge ab dem 1.8.2009 ein. Darüber hinaus könne sie sich vorstellen, dass „Existenzminimum“ auf 17.500,-€ anzuheben.

Herr Rodrigues verweist darauf, dass die Fraktion Bündnis90/Die Grünen bekannterweise die Einkommensgrenze in Höhe von 17.500,-€ präferiere. Er weist auf das Beispiel der Stadt Münster hin, die mit einer Einkommensgrenze in Höhe von 20.000,-€ rechne und sich mit einem Elternbeitragsaufkommen von 13% begnüge. Er betont die Bedeutung dieser Thematik für die Attraktivität des Standortes Rheine und für die Chancengleichheit bezüglich der Bildungsteilhabe von benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Daher solle die bereits mit der Satzung beschlossene Erhöhung der Elternbeiträge bereits jetzt zurückgenommen werde. Im Übrigen soll die Verwaltung kurzfristig nach der Wahl eine differenzierte Vorlage vorlegen. Somit sei das Thema auch aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Die Position seiner Fraktion sei klar, die Beiträge müssen heruntergehen, da sie im Vergleich zu anderen Städten zu hoch seien.

Herr Kohnen erklärt für die CDU-Fraktion, dass von dem bisher gesagten vieles Richtig sei. Nicht bei allem sei man jedoch der gleichen Meinung. Er plädiere dafür, mit diesem Thema sehr vernünftig umzugehen. Das bedürfe einer soliden Datenbasis.

Die CDU-Fraktion wünsche sich verschiedene Berechnungsmodelle, um auch die Folgen der unterschiedlichen Möglichkeiten abschätzen zu können.

Mit Rücksicht auf den noch nicht ausgeglichenen Haushalt sei eine Sen-

kung der Beiträge nur durch Einsparungen an anderer Stelle im Haushalt denkbar.

Die Entscheidung darüber solle nach der Wahl erfolgen.

Das Thema wird weiter diskutiert.

Danach stellt Herr Hemelt folgenden Antrag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Die in der Satzung aufgeführte Erhöhung der Elternbeiträge um 1,5 % wird zurückgenommen.

Die Verwaltung möge bitte die erforderliche Satzungsänderung ausarbeiten und dem Rat zur Bearbeitung vorlegen.

Herr Dörnhoff lässt zuerst als den weitergehenden Vorschlag über den Beschlussantrag der SPD abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Die in der Satzung aufgeführte Erhöhung der Elternbeiträge um 1,5 % wird zurückgenommen.

Die Verwaltung möge bitte die erforderliche Satzungsänderung ausarbeiten und dem Rat zur Bearbeitung vorlegen.

Abstimmungsergebnis: Mit ja stimmen 7,
Gegenstimmen 5

Damit ist der SPD-Antrag angenommen

7. Familienpass, Änderung der Ausgabemodalitäten und Verlängerung der Gültigkeitsdauer
Vorlage: 250 / 09

0:35:01 Herr Schöpfer erläutert die Vorlage. Er weist daraufhin, dass die Vorlage im Prinzip die Vorschläge des Familienbeirates enthalte.
Nach kurzer Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss:

- 1. Der Familienpass wird bei der Anmeldung Neugeborener oder neuzugezogener Familien mit Kindern ausgegeben. Das konkrete Ausgabeverfahren wird durch die Verwaltung geregelt und soll spätestens zum 1. September 2009 umgesetzt sein.***
- 2. Die Gültigkeitsdauer des Familienpasses wird für Familien mit minderjährigen Kindern auf fünf Jahre verlängert, höchstens jedoch bis zur Volljährigkeit des jüngsten Kindes.***
- 3. Die bisherigen Buchstabenkennungen entfallen.***
- 4. Die Auswirkungen dieser Änderungen sollen nach zwei Jahren überprüft werden.***

8. Richtlinien zur anteiligen Übernahme des Essensgeldes in dem Bereich der Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 245 / 09

1:11:00 Frau Ehrenberg verweist auf die Vorlage.

Nach kurzer Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die der Vorlage beigegeführten Richtlinien zur Übernahme des Essensgeldes in dem Bereich der Kindertageseinrichtungen

9. Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen / U-Untersuchungen
- Auswirkungen auf die Jugendhilfe
Vorlage: 251 / 09

1:11:35 Herr Schöpfer erläutert die Vorlage. Er macht darauf aufmerksam, dass die Folgen dieser Verordnung bezüglich des Arbeitsaufwandes und damit auf den Personalbedarf des Jugendamtes zurzeit noch nicht absehbar sind.

In der sich anschließenden Aussprache wird insbesondere der erhöhte Bürokratieaufwand für die Kommunen bedauert.

Sodann wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beauftragt die Verwaltung, regelmäßig über die Auswirkungen der Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen / U-Untersuchungen zu berichten.

**10. Ausbau Tagespflege
Vorlage: 267 / 09**

1:20:30 Herr Schöpfer verweist auf die Vorlage und erläutert diese.
Nach kurzer Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

**11. Berichtswesen zum Stichtag 31.05.09, Fachbereich 2 - Jugend,
Familie und Soziales,
hier: Produktgruppe Jugendamt
Vorlage: 268 / 09**

1:24:33 Herr Schöpfer berichtet zur Vorlage und weist auf die Unabwägbarkeiten insbesondere im Bereich der Erziehungshilfen hin.

Der Jugendhilfeausschuss fasst sodann einstimmig folgenden Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss fasst sodann einstimmig folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 2 –Jugend, Familie und Soziales (hier: Produktgruppe Jugendamt) mit dem Stand der Daten vom 31.05.2009 zur Kenntnis.

12. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

Keine Einwohnerfragen

13. Anfragen und Anregungen

Keine Anfragen

Ende der Sitzung:

20:00 Uhr

Dörnhoff
Ausschussvorsitzender

Lammerding
stellvertr. Schriftführer